**Änderungsanträge Forum Demokratischer Sozialismus (fds)**

**zum Antrag L1 „Wir sind die Hoffnung!“**

1.

Einfügung in Zeile 8 nach „würde“: „dass über eine Million ehemalige SPD- und Grünen-Wählenden uns gewählt haben“

Begründung: Diese bemerkenswerte Drift von Wählenden, die Ost-West-verteilt ist, bedeutet für die Arbeite der Partei entlang der in sie gesetzten Erwartungen eine zentral zu berücksichtigende inhaltliche und kommunikative Herausforderung. Zudem liegt hier nach dem Niedergangsprozess der letzten Jahre eine spezifische Möglichkeit der ausgewogeneren Ost-West-Verankerung

2.

Einfügung nach der in Zeile 23 endenden Satz/Absatz: „von einer notwendigen gelingenden Integration in dazu in die Lage versetzten Kommunen und Unternehmen sind wir noch weit entfernt.“

Begründung: Die populistische Politik, vor allem der CDU, die AFD-Frames in gefährlicher Weise im öffentlichen Diskurs gestärkt hat, die mangelnde Gegenpositionierung von SPD und Grünen habe zu einem weitgehenden Ausfall an gesellschaftspolitischer und vom Staat konzeptionell wie materiell gestützter zügiger Integration von aufgenommenen Geflüchteten geführt. Dieser Weg muss unterbrochen und radikal verändert werden, um nicht den Zusammenhalt, die Zukunft der hier angekommenen Menschen, die Rechts- und Humanitätsstandards, die Willkommenskultur, die Demokratie und die notwendigen Zuwanderungsprozesse in den Arbeitsmarkt weiter zu gefährden.

3.

Neufassung der Zeilen 31 nach „vorantreiben“ bis 39 Absatzende:

„und Investitionen nicht im erforderlichen Umfang, mit der notwendigen Zielgenauigkeit und Prioritätensetzungen tätigen. Statt wirksame und schärfere Maßnahmen gegen die Zerstörung des Klimas zu ergreifen und wenigstens die Anforderungen internationaler Abkommen zu Klima-, Arten- und Umweltschutz einzuhalten, droht die deutsche Regierung immer öfter zur Bremserin in Europa zu werden. Statt Wandel in die richtige Richtung drohen Rückschritt, Stillstand, Planchaos in der Wirtschaftspolitik und gesellschaftspolitisch eine autoritäre Wende. Die Konservativen werden versuchen, dieses Projekt – notfalls mit den Rechten – durchzusetzen. Dagegen gilt es sich zu organisieren – mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und allen, die gegen Kürzungspolitik und für eine solidarische Alternative kämpfen.

Mit der Grundgesetzänderung vom März 2025 wurde nicht nur die Chance vertan, die Schuldenbremse insgesamt abzuschaffen. Es wurde eine gefährliche Ausrichtung auf militärische Ausgaben ohne Verfassungsbegrenzung parallel zur Schaffung eines auf Jahre und in der Höhe begrenzten Sondervermögens vorgenommen. Diese strukturelle Schieflage, die auch für SPD und Grünen bei ehrlichem Blick durch keine neue Kommission zum Thema mehr mit der CDU beseitigt werden wird, ist das Problem und wird in einer Dekade zu höheren Zinslasten in den Haushalten führen, die dann nach Ausgabeende aus dem begrenzten Schonvermögen und bei weiter laufenden Militärausgaben ohne Limit massiv kürzend gegen Sozialausgaben und Zukunftsinvestition wirken werden. Nichtsdestotrotz gilt es in den kommenden Monaten und Jahren, in Ländern und Kommunen auch von links darauf hinzuwirken, dass wichtige Investitionen für die Infrastruktur, für die Bahn, für Bildungseinrichtungen und zur ökologischen Transformation eingesetzt werden.“

Begründung: Nach den Entscheidungen des Bundestages zum GG muss dieser Aspekt aktuell mit aufgenommen werden.

4.

Einfügung in Zeile 48 nach dem Satzende vor dem Punkt:

„sowie das Setzen von Impulsen für mögliche Veränderungen“

Einfügung in Zeile 74 nach dem Satzende: „Sie muss in kreativen Diskursen in der Partei und mit Partnern Ideen und Konzepte entwickeln, präsentieren und in der Kommunikation priorisieren.

Begründung: Wir sind als Partei nicht nur im Bewegungsmodus oder zum Organisieren und organizing gefragt, sondern – auch im Selbstverständnis als Partei und somit spezifische Organisationsform des Parteiensystems – ebenso zum inhaltlichen und in der Breite der Themen konzeptionellen Arbeiten und aktiv in die Öffentlichkeit oder Parlamente Ideen einbringen. Zudem braucht es zwar Fokussieren, aber im Unterschied zu (Ein-Punkt oder thematisch orientierten) Bewegungen in der Breite der politischen Themen Debatte und Konzepte, die erst je nach aktueller Situation gewichtet und unter professionellen Kampagnengesichtspunkten in der Kommunikation differenziert präsentiert werden.

5.

Einfügung in Zeile 82 zwischen „kein“ und „ostdeutsches“: „allein“

Begründung: redaktionell, weil auch jetzt über 20% im Osten gegeben sind; genauer und leider schon fast 50% und damit doch das doppelte im Vergleich zum Westen.

6.

Einfügung in Zeile 120 nach dem ersten Komma: „die ökologische Transformation“

Begründung: Das dürften die vielen gewonnenen ehemals grün Wählenden als Schwerpunkt erwarten.

7.

Einfügung in Zeile 145 nach „denen“: „in der Mittelschicht oder anderen Milieus“

Plus ggf. redaktionelles „auch“ vier Wörter weiter

Begründung:

Eigentlich redaktionell, da die Verbindung verschiedener Schichten gemeint sein dürfte und alle sich Sorgen machen, was ja der verbindende Punkt ist.

8.

Einfügung in Zeile 154 nach „organisiert“: „ , die im Dialog steht, Impulse setzt und in Bündnissen agiert“

Begründung: Wir sind als Partei nicht nur im Bewegungsmodus oder zum Organisieren, organizing, Helfen oder Beraten gefragt, sondern – auch im Selbstverständnis als Partei und somit spezifische Organisationsform des Parteiensystems – ebenso zum inhaltlichen und in der Breite der Themen konzeptionellen Arbeiten und aktiv in die Öffentlichkeit oder Parlamente Ideen einbringen. Zudem geht es nicht nur um uns und die Aktion für andere, sondern auch um Agieren gemeinsam mit Partnern – gerade wegen der gesellschaftlichen Hegemonie und der Mehrheitsfähigkeit.

9.

Einfügung in Zeile 160 nach „Profil“: „ ,unsere Erfahrungen in der kommunalen Arbeit“

Begründung: Ergänzung eines wichtigen in den vergangenen Jahren auf Bundesebene unterbelichteten Erfahrungs- und Arbeitsbereiches.

10.

Neufassung des letzten Satzes im Absatz in Zeilen 191/192: „Mit den Erfahrungen aus den Fehlern der letzten Jahre, aus den für unsere Wahlkampfführung günstigen Dynamiken zum Jahresbeginn und aus den Erfolgsgründen wollen wir gemeinsam mit den vielen neuen Parteimitglieder voller neuer Ideen und mit Blick auf die Erwartungen der erreichten neuen Wählerschichten einen erfolgreichen Weg finden und weitergehen.“

Begründung:

Nicht nur die im Vortext genannten Gründe sollten den weiteren Weg definieren, sondern auch die Interessen, Wünsche, Ideen der so zahlreichen neuen Mitglieder, wie auch die Erwartungen der relevant und eigentlich überraschend hinzugewonnenen neuen Wählergruppen, insbesondere von Grünen und SPD.

11.

Anfügung nach Satzende in Zeile 234: „Dazu werden wir insbesondere unsere zahlreichen neuen Mitglieder in einem systematischen Prozess befragen, um deren inhaltliche Interessen und Wünsche zur Form der Mitarbeit und Kultur des Parteilebens vor Ort zu erfahren und im Veränderungsprozess mit ihnen einbauen können. Die großen Mitgliederzuwächse sind ein riesiger Gewinn, der die Partei wesentlich verändert und versändern muss, um nachhaltig zu sein.“

Begründung: selbsterklärend

12.

Einfügung eines neuen Absatzes nach Zeile 273: „Wir werden im Gespräch mit unseren neuen Mitgliedern zu Formen des Parteilebens, der Arbeit und der strukturierten inhaltlichen Diskussion die Formate der LAG oder Fachkommissionen nutzen bzw. weitere entwickeln, um hier Orte des konzeptionellen Austausches und der inhaltlichen Arbeit zu entwickeln. Gerade zu zentralen Fachthemen wie Gesundheits- oder Bildungspolitik, zu konkreten oder grundsätzlichen Fragen der ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch Verkehrspolitik, Kommunalfinanzen, Medienpolitik, Daseinsvorsorge etc. müssen wir geeignete Debattenstrukturen auf den verschiedenen Ebenen finden, die Menschen zusammenbringt, den Austausch befördert und politische Wirksamkeit in verschiedenen Richtungen erzeugt.“

Begründung: Es geht nicht nur um Organizing und Bildung zum Organizing und für Haustürgespräche. Es geht in den Parteistrukturen auch um politische Inhalte und den partizipativen Diskurs wie Positionsfindung dazu.

13.

Einfügung eines neuen Absatzes nach Zeile 280: „Wir wollen – auch in Auswertung der kritischen Erfahrungen mit dem losen und Profil-schmälernden Nebeneinander verschiedener Positionen – mit Blick auf die Vielfalt linker Positionen weiter und besser versuchen, in produktiver und transparenter profilierender Weise eine Mosaiklinke als Teil in einer größeren bunten gesellschaftlichen Linken zu sein.“

Begründung: selbsterklärend

14.

Ersetzung der Worte „vor uns hertreiben“ in Zeile 309 durch „unter Druck setzen“

Begründung: keine erneute Verwendung von AFD-Vokabular, das wir zu Recht selbst hart kritisiert haben seinerzeit.

15.

Einfügung eines neuen Absatzes nach Zeile 327: „So wichtig die Themen Mieten und Wohnen waren und bleiben, und die Gewerkschaftsthemen ebenso, so klar ist auch, dass die Fokussierung sich auf Zeiträume beziehen wird und neben den inhaltlichen oder kommunikativen Schwerpunkten auch weitere Themen bearbeitet werden, wie Gesundheit und Pflege, Klima, ökologische Transformation, Steuern, Medien und Bildung sowie nicht zuletzt auch linke Wirtschaftspolitik oder die europapolitische Einbettung vieler Bereiche.“

Begründung: der Leitantrag beschreibt zwar in Auswertung der im Ergebnis erfolgreichen Wahlkampagne die Themen unter dem Blickwinkel der Fokussierung. Dabei geraten aber zentrale Themen unserer Zeit aus dem Blick und erscheinen gar nicht auf der Agenda des auf eng auf Kampagnen und Bewegungsstrukturen orientierten Ansatzes im Leitantrag.

16.

Einfügung in Zeile 332 nach „Partei“: „und zu politischen und zivilgesellschaftlichen Partnern, Organisationen, Gewerkschaften oder Verbänden“

Begründung: Es geht in gesellschaftlichen Diskursen nicht nur um nahestehende Partner, sondern auch je nach Themenfeld und mit unterschiedlichen Zielstellungen um vielfältigen Dialog einer in den gesellschaftlichen Diskursen verankerten und sich bewegenden Partei.

17.

Ersetzung der Worte „an einigen Punkten im Heute zu verankern“ in Zeile 338 und 442 durch: „mit Blick auf die Erfahrungen in der Gegenwart und die Herausforderungen für die Zukunft zu erneuern.“

Begründung: Die jetzige Formulierung setzt die sehr einengende Botschaft, dass es nur wenig Änderungsbedarf gibt. Dies sollte jedoch Gegenstand der Debatte in der – letztlich auch sehr neuen Partei – zu den fundamentalen Veränderungen weltweit sein.

18. Einfügung eines neuen Absatzes nach Zeile 383:

„Ob Klimapolitik, Sicherung und Ausbau demokratischer und rechtsstaatlicher Standards, Zurückdrängen rechter, rechtspopulistischer und extremistischer Entwicklungen oder autoritärer Politik, ob moderne Gesellschafts- und Gleichstellungspolitik, internationale Solidarität, Migration und Integration, fairer Handel, und völkerrechtliche Ordnungsrahmen sowie Sicherheit und Krisen- und Pandemievorsorge - alle genannten Themen und noch mehr sind besser und wirksamer gemeinsam im europäischen Rahmen und insbesondere in der Europäischen Union zu bearbeiten. Gerade weil auch in den Mitgliedstaaten der EU die Demokratie zunehmend herausgefordert ist, Partizipation stärker werden oder neu gesetzt werden muss, bleibt es eine wichtige Aufgabe linker Parteien, in diesem Rahmen auf verschiedenen Ebenen von der Kommune bis zum Europäischen Parlament mit unserer Linksfraktion fortschrittliche Politik zu formulieren, zu debattieren und mit Partnern durchzusetzen. Die von den Bürgerinnen und Bürgern im Prozess der Konferenz zur Zukunft Europas vorgelegten Wünsche und Forderungen geben uns gute Argumente für eine Politik der europäischen Zusammenarbeit zur Lösung vieler Probleme der Gegenwart.“

Begründung:
Der Leitantrag hat eine Logik entwickelt, die auf die Parteientwicklung und auf den Rahmen um die Bundestagswahl fokussiert. Viele Themen der sozialökologischen Transformation, des Ringens um Demokratie gegen autoritäre Politiken oder nationalistische Denkweisen sind jedoch schon jetzt europäische Herausforderungen, die es auch auf dieser Ebene zu bearbeiten gilt. Unsere Europawahlkampf hat solche Akzente bereits gesetzt und die Delegation arbeitet in diesem Sinne. Diese europäische Perspektive muss angemessen im Leitantrag aufgenommen werden.
18. Einfügung eines neuen Absatzes nach Zeile 383:

„Ob Klimapolitik, Sicherung und Ausbau demokratischer und rechtsstaatlicher Standards, Zurückdrängen rechter, rechtspopulistischer und extremistischer Entwicklungen oder autoritärer Politik, ob moderne Gesellschafts- und Gleichstellungspolitik, internationale Solidarität, Migration und Integration, fairer Handel, und völkerrechtliche Ordnungsrahmen sowie Sicherheit und Krisen- und Pandemievorsorge - alle genannten Themen und noch mehr sind besser und wirksamer gemeinsam im europäischen Rahmen und insbesondere in der Europäischen Union zu bearbeiten. Gerade weil auch in den Mitgliedstaaten der EU die Demokratie zunehmend herausgefordert ist, Partizipation stärker werden oder neu gesetzt werden muss, bleibt es eine wichtige Aufgabe linker Parteien, in diesem Rahmen auf verschiedenen Ebenen von der Kommune bis zum Europäischen Parlament mit unserer Linksfraktion fortschrittliche Politik zu formulieren, zu debattieren und mit Partnern durchzusetzen. Die von den Bürgerinnen und Bürgern im Prozess der Konferenz zur Zukunft Europas vorgelegten Wünsche und Forderungen geben uns gute Argumente für eine Politik der europäischen Zusammenarbeit zur Lösung vieler Probleme der Gegenwart.“

Begründung:
Der Leitantrag hat eine Logik entwickelt, die auf die Parteientwicklung und auf den Rahmen um die Bundestagswahl fokussiert. Viele Themen der sozialökologischen Transformation, des Ringens um Demokratie gegen autoritäre Politiken oder nationalistische Denkweisen sind jedoch schon jetzt europäische Herausforderungen, die es auch auf dieser Ebene zu bearbeiten gilt. Unsere Europawahlkampf hat solche Akzente bereits gesetzt und die Delegation arbeitet in diesem Sinne. Diese europäische Perspektive muss angemessen im Leitantrag aufgenommen werden.
Ggf. macht die beantragte Ergänzung dann in Zeile 387 eine redaktionelle Anpassung auf „kommunal, auf Landes- oder Bundes- und europäischer Ebene in Parlamenten…“ notwendig.

Achtung:

Ggf. macht die beantragte Ergänzung dann in Zeile 387 eine redaktionelle Anpassung auf „kommunal, auf Landes- oder Bundes- und europäischer Ebene in Parlamenten…“ notwendig.